Die Kongo-Aktion der Vereinten Nationen und die deutsche Wiedervereinigung

Am 6. Februar 1963 kam es in der Fragestunde des Bundestages bezüglich der Vereinten Nationen zu folgenden Fragen und Antworten:

Dr. Dr. h. c. Friedensburg (CDU): Ist die Bundesregierung gewillt, dem Wunsch der Vereinten Nationen nach Beteiligung am Wirtschaftsboykott Katangas, durch den die Einheit des Kongogebietes wiederhergestellt werden soll, nur unter der ausdrücklichen Bedingung nachzukommen, daß sich die Vereinten Nationen verpflichten, sich in der gleichen Weise für die Wiedervereinigung der deutschen Einheit einzusetzen?

Dr. Schröder, Bundesminister des Auswärtigen: Herr Präsident! — Die Antwort auf die erste Frage lautet, daß diese Frage durch die Ereignisse überholt ist und daß der Wirtschaftsboykott infolge Tschombes Einlenkung gegenstandslos geworden ist.

Dr. Dr. h. c. Friedensburg (CDU): Ist die Bundesregierung bereit, bei den Verhandlungen wegen einer Unterstützung der Kongo-Aktion die Vereinten Nationen und auch die Weltöffentlichkeit auf den moralischen und rechtlichen Widersinn hinzuweisen, wenn für das Kongogebiet die staatliche Einheit durch internationalen Machteinsatz erzwungen werden soll, obwohl sie lediglich auf dem Zufall der Kolonialherrschaft beruht und weder stammesmäßig, noch sprachlich, noch wirtschaftlich, noch geschichtlich, noch mit dem Willen der unmittelbar betroffenen Bevölkerung begründet werden kann, während zahlreiche maßgebende Mitglieder der Vereinten Nationen gleichzeitig dem deutschen Volke trotz seines zweitausendjährigen Einheitsbewußtseins und trotz des Willens der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung die Anerkennung der Zweistaatentheorie zumuten?

Dr. Schröder, Bundesminister des Auswärtigen: Die Bundesrepublik hat als Nichtmitglied der Vereinten Nationen keine Möglichkeit, in dieser Organisation in der vorgeschlagenen Weise Einfluß auszuüben. Sie versäumt aber selbstverständlich keine Gelegenheit, um vor der Weltöffentlichkeit den deutschen Anspruch auf Wiedervereinigung und Ausübung des Selbstbestimmungsrechts zu erheben. Wir hoffen, daß die Afrikaner unsere Wiedervereinigungspolitik unterstützen. In gleicher Weise treten auch wir für die Einheit der afrikanischen Staaten ein und lehnen die Unterstützung von Sezessionsbestrebungen ab. Die Zentralregierung des Kongo (Léopoldville) unter Adoula hat sich stärker für die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts eingesetzt als viele andere afrikanische Staaten. Diese positive Stellung der Regierung Adoula zur Deutschlandfrage ist nicht zuletzt auf unser Eintreten für die Einheit des Kongo zurückzuführen.

Dr. Dr. h. c. Friedensburg (CDU): Herr Bundesminister, meine Frage ging dahin, und ich wiederhole sie, ob die Bundesregierung es nicht für zweckmäßig gehalten hat, die einzigartige Gelegenheit, die die Kongo-Aktion geboten hat, auszunutzen, um die Weltöffentlichkeit im ganzen auf die Dringlichkeit des deutschen Anliegens nach Wiedervereinigung hinzuweisen und die Aufmerksamkeit und das Interesse der Weltöffentlichkeit und auch der Staaten, die hauptsächlich die Kongo-Aktion gestützt haben, dafür zu gewinnen, also die Öffentlichkeit viel stärker für das deutsche Anliegen zu gewinnen, als es bisher gelungen ist.

Bundesminister Dr. Schröder: Herr Kollege Friedensburg, ich habe, glaube ich, in meiner zweiten Antwort gesagt, wo der Unterschied liegt. Das eine ist die Frage, was wir unmittelbar in den Vereinten Nationen tun können. Das andere ist die Frage, was wir allgemein tun können. In dem, was wir allgemein tun können, sind zwei Dinge zu unterscheiden: generelle Bemühungen z. B. durch die Publikationen unserer letzten Dokumentation, die allen Regierungen mit Ausnahme der Ostblockstaaten überreicht worden ist, und die bilaterale Betätigung auf diesem Gebiet. Beides tun wir, glaube ich, in dem Umfang, in dem das möglich ist.

Dr. Dr. h. c. Friedensburg (CDU): Herr Bundesminister, ist Ihnen irgendeine Verlautbarung bekannt, die auf den von mir betonten Widersinn hingewiesen hat?

Bundesminister Dr. Schröder: Ich glaube, Herr Kollege Friedensburg, daß es sehr schwer wäre, einen solchen Einzelfall wie diesen, bei dem wir innerhalb der Vereinten Nationen keine Möglichkeit haben, tätig zu werden, sozusagen als ein Schulbeispiel zu entwickeln. Das können wir in einer generellen Weise nach meiner Überzeugung nicht tun.

Dr. Kohut (FDP): Herr Minister, ist die Bundesregierung trotz des ideell-politischen Kompensationsgeschäfts — Anerkennung der natürlichen Wiedervereinigungsbestrebungen bei uns und Anerkennung der unnatürlichen Wiedervereinigungsbestrebungen des Kongo-Staates — nicht der Meinung, daß bei dem Vorgehen der Vereinten Nationen gegen den Staat Katanga das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen getreten worden ist?

Bundesminister Dr. Schröder: Herr Kollege Kohut, ich halte es nicht für zweckmäßig, in einem Augenblick, in dem eine die Welt weit interessierende Auseinandersetzung möglicherweise jetzt zu einem von allen Beteiligten bejahten Ende kommt, noch einmal die Sache in kontroverser Weise aufzugreifen.

(Zum Sachverhalt der Fragen wird auf die verschiedenen Abhandlungen über die Kongo-Aktion der Vereinten Nationen in den Heften 1/62 ff. der Zeitschrift sowie auf die auf vorliegenden Seiten 56 ff. enthaltene Auffassung des Generalsekretariats der UN verwiesen. Die Red.)

Der Landesverband Berlin

der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen hatte im vergangenen Jahr einen Zugang von 236 neuen Mitgliedern zu verzeichnen.

Bundesminister Barzel zu Berlin und UN

Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Rainer Barzel, hielt am 16. Februar 1963, dem Vorabend der Berliner Wahlen, eine Rundfunkansprache, in der er sich u. a. mit Äußerungen Chruschtschows und Ulbrichts befaßte. In seiner Zurückweisung stützt sich Barzel auf das in der Satzung der Vereinten Nationen den Völkern garantierte Selbstbestimmungsrecht. Die Stelle lautet:

„Walter Ulbricht hat es für richtig gehalten, sich durch Fernsehen und Rundfunk in den Berliner Wahlkampf einzumischen. Sein Part war kläglich und schlecht beraten. Ulbricht sprach von der Notwendigkeit der Normalisierung. Was eigentlich ist anomal? Anomal sind die Mauer, der Stacheldraht und der Schießbefehl; anomal ist die Reisebeschränkung von Ost nach West; anomal ist die Zerstörung der menschlichen Bande in Berlin durch die Mauer; anomal ist die Spaltung unseres Vaterlandes; anomal ist der sowjetische Kolonialismus in Mitteleuropa; anomal ist die Verweigerung des in der UN-Satzung den Völkern garantierten Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen. Normalisierung: Ja. Der Weg dazu ist in der UN-Satzung vorgezeichnet. Er heißt allein: Selbstbestimmung. Wer UN-Flaggen über Berlin fordert — wie es Chruschtschow und Ulbricht einträchtig tun —, sollte zunächst das fundamentale Prinzip der UN gelten lassen. Und das heißt: Selbstbestimmung."

Deutsche Beteiligung am Hilfsprogramm der UNESCO — Qualifizierte Bewerber gesucht

36 deutsche Experten waren im Jahre 1962 in sechs afrikanischen Ländern, in vier Staaten des Vorderen Orients, in drei asiatischen und vier lateinamerikanischen Ländern im Rahmen des Technischen Hilfsprogramms der Organisation der

Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) tätig. Sie leisteten Hilfe beim Aufbau der Verwaltung, des Bibliotheks- und Erziehungswesen als Dozenten der Universitäten, Gewerbeschulen, technischen und pädagogischen Hochschulen. Im Sudan wirkt ein deutscher UNESCO-Experte als Leiter der African School-Planning-Group, in Mogadischio (Somalia) arbeitet ein deutscher Fachmann als Berater beim Aufbau des Bibliothekwesens, und in Afghanistan bekleidet ein Sachverständiger aus der Bundesrepublik den Posten des Direktors an der Kandahar Technical-School. Die meisten deutschen Experten übernahmen eine langfristige Tätigkeit in den Entwicklungsländern. Einige von ihnen wurden aber auch zu kurzfristigen Missionen von zwei- bis sechsmonatiger Dauer entsandt.

Gemessen an der Zahl von 12 000 Stellen im Rahmen des Technischen Hilfsprogramms der UNESCO nimmt sich die deutsche Beteiligung mit 36 im vergangenen Jahr bescheiden aus. Dennoch liegt die Bundesrepublik unter allen sich an diesem Programm beteiligenden Ländern nach Frankreich, Großbritannien und den USA noch vor der Sowjetunion an vierter Stelle.

Die deutsche Kontaktstelle für das Technische Hilfsprogramm der UNESCO ist der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD). Ihm obliegt es, der UNESCO geeignete Kandidaten für die jeweils offenen Stellen vorzuschlagen. Geeignete Sachverständige werden sehr gesucht. Es mangelt an deutschen Bewerbern, was durch die angespannte Arbeitsmarktlage und die Überlastung deutscher Hochschullehrer verursacht wird. Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich im Gegensatz zur Benennung französischer, britischer und amerikanischer Experten für deutsche Kandidaten durch das Sprachenproblem.

An die UNESCO-Experten werden hohe Anforderungen gestellt. In der Regel kommen nur Bewerber mit abgeschlossenem Hochschulstudium, in einzelnen Fällen auch mit Fachschulabschluß (HTL-Ingenieure), in Frage, die eine mehrjährige Lehrerfahrung nachweisen müssen und außerdem administrative Fähigkeiten haben sollten. Eine weitere Voraussetzung ist die Beherrschung mindestens einer modernen Fremdsprache. Die Endauswahl der Bewerber erfolgt in internationaler Konkurrenz in Paris. Der Deutsche Akademische Austauschdienst, Bad Godesberg, Frankengraben 50, nimmt jederzeit Bewerbungen geeigneter Persönlichkeiten entgegen.

Paul Hoffman in Bonn — Erhöhung des deutschen Beitrags zum Sonderfonds

Der jetzige Generaldirektor des Sonderfonds der Vereinten Nationen für Technische Hilfe und frühere Marshall-Plan-Verwalter, Mr. Paul G. Hoffman, hielt sich am 25. und 26. Februar zu Besprechungen in Bonn auf. Er befand sich auf einer Reise durch mehrere europäische Länder, um auf die Möglichkeiten des Sonderfonds zur Übernahme zusätzlicher Projekte der Technischen Hilfe in den Entwicklungsländern hinzuweisen. Er hatte u. a. Besprechungen mit Staatssekretär Professor Vialon vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und nahm an einer interministeriellen Arbeitsbesprechung, die unter dem Vorsitz von Ministerialdirektor Dr. Sonnenhol im gleichen Ministerium stattfand, teil. Die Bundesrepublik hat im Hinblick auf die Ausführungen Hoffmans ihren Beitrag zum Sonderfonds und zum Erweiterten Programm für Technische Hilfe der Vereinten Nationen ab 1963 um 2 Mill. DM auf insgesamt 32 Mill. DM erhöht. Sie steht damit nach den USA und Großbritannien als Geberland an dritter Stelle. Die Vertreter der Bundesregierung brachten Mr. Hoffman gegenüber ihrerseits den Wunsch nach einer stärkeren personellen Beteiligung der Bundesrepublik im höheren Dienst des Sonderfonds der Vereinten Nationen zum Ausdruck. Hoffman stand diesem Wunsch sehr aufgeschlossen gegenüber. Zur Zeit sind aus der Bundesrepublik drei Fachleute im Rahmen des Sonderfonds tätig: einer als Leiter der Programmabteilung in der Zentrale der Organisation in New York und zwei als Regionalvertreter mit dem Sitz in Jordanien bzw. in Venezuela.

Der Sonderfonds hat bisher 286 Projekte in Entwicklungsländern verwirklicht bzw. eingeleitet. Es handelt sich dabei durchweg um Projekte mit einem Kostenaufwand von über 250 000 Dollar. Vorbedingung für eine Beteiligung des Fonds ist, daß das betreffende Entwicklungsland einen erheblichen Teil der Projektkosten, im Durchschnitt etwa 60 vH, selbst, und zwar vor dem Beginn der Arbeiten, aufbringt.

IAEO-Erhebung in der Bundesrepublik

An einer Erhebung der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) über den Stand der industriellen Anwendung der Radioisotope und speziell von den durch sie ermöglichten Einsparungen wird sich auch die Bundesrepublik als Mitgliedstaat der Organisation beteiligen. Man erwartet, daß die Auswertung der Erhebung wesentlich zu einer stärkeren Verwendung von radioaktiven Stoffen in der Industrie beiträgt. Außerdem wird die Erhebung erstmals Vergleiche zwischen den einzelnen Ländern ermöglichen. Bisherige Untersuchungen ähnlicher Art in Großbritannien, Frankreich und den USA ließen solche Vergleiche kaum zu, da die zur Verfügung stehenden Unterlagen zu unterschiedlich waren. Im Zuge der Erhebung werden in den nächsten Wochen den industriellen Verwendern von Radioisotopen von den jeweiligen Landesbehörden Fragebogen und Merkblätter mit der Bitte übersandt, sie mit den Ergebnissen der Jahre 1961 und 1962 zurückzusenden. Die Untersuchung ist vertraulich. Die Antworten der an der Umfrage beteiligten Firmen werden nicht an die IAEO weitergegeben; diese erhält nur die Endergebnisse. Fragebogen, Merkblätter und Auskünfte sind gegebenenfalls von den zuständigen Landesbehörden oder vom Bundesverband der Deutschen Industrie anzufordern.

Der Vize-Präsident der Weltbank in Bonn

Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard empfing am 7. März in Bonn den Vize-Präsidenten der Weltbank, Joseph Burke Knapp, der sich mit einer kleinen Delegation auf einer einwöchigen Deutschlandreise zur Herstellung von Kontakten zu führenden Persönlichkeiten in Politik und Wirtschaft befand. Burke hatte weitere Besprechungen mit Industriellen und dem Hamburger Überseehandel. Zum Schluß seines Deutschlandaufenthaltes besuchte er Berlin. Der Vize-Präsident führte vor Journalisten aus, daß die Weltbank vorerst keine neuen Anleihen aufzunehmen brauche, da sie liquide sei. Zukünftig könne jedoch die Weltbank durchaus wieder an Anleihen in der Bundesrepublik interessiert sein. Vorerst sei der deutsche Kapitalzins jedoch zu hoch. Die Weltbank könne keinen höheren Zinssatz als 5 vH akzeptieren. Im übrigen werde es immer schwieriger, kreditwürdige Länder zu finden, an die größere Beträge ausgeliehen werden könnten. Entweder benötige ein Land keine Mittel der Weltbank oder es habe schon eine zu große Darlehenslast zu tragen, wie etwa Indien oder Pakistan. Im Gegensatz zu den harten Bedingungen der Weltbank sind die der Internationalen Entwicklungs-Organisation (IDA), einer Tochtergesellschaft der Weltbank, äußerst milde und dementsprechend sehr gefragt. Ihre Kredite kosten nur 3/4 vH Provision und haben eine Laufzeit bis zu 50 Jahren. Ende des jetzigen Geschäftsjahres wird das Kapital der IDA in Höhe von 1 Mrd. Dollar ausgeschöpft sein. Verhandlungen mit den Mitgliedsländern über eine Kapitalaufstockung sind im Gange.

Stars singen für Flüchtlinge

Dreizehn international bekannte Stars haben unter der Regie des amerikanischen Filmschauspielers Yul Brynner eine Langspielplatte besungen und bespielt, die seit Anfang März in der ganzen Welt unter dem Namen „All-Star Festival" verkauft wird. Alle beteiligten Stars und Vertriebsstellen stellten sich honorarfrei zur Verfügung. Der Gesamterlös wird dem Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen zufließen. In Deutschland eröffnete der Repräsentant des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, Dr. Kadosa, den Vertrieb der „All-Star Festival"-Platte durch Überreichung der Platte an einige hohe Persönlichkeiten am 4. März. In den Bundesländern wurden die Flüchtlingsministerien beteiligt. Der Verkauf der Platte in Westdeutschland ist erfreulich hoch. Bis zum 28. März wurden 119 516 Stück abgesetzt. Die 30 cm-Platte kostet nur 10 DM und liegt damit im Preis weit unter vergleichbaren Platten. „All-Star Festival" ist in den Schallplattengeschäften erhältlich oder gegebenenfalls durch Einzahlung von 10 DM auf das Postscheckkonto UNO 300 500, Hamburg.